

Die Linke Fraktion Erkrath

Haushaltsrede Nachtragshaushalt 2025

Die Linke Fraktion Erkrath

Markus Lenk
Michaela Gincel-Reinhardt

Telefon: 0163 - 3035915
kontakt@dielinke-erkath.de
www.dielinke-erkath.de

Erkrath, der 25.02.2025

Haushaltsrede DIE LINKE Erkrath: „Wir werden von Zechprellern regiert“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen heute wieder vor einem Haushalt, der das Ausmaß einer jahrelangen Fehlentwicklung offenbart. Die kommunalen Kassen sind leer – und das nicht, weil wir in Erkrath falsch gewirtschaftet hätten. Im Gegenteil: Unser Steueraufkommen ist überdurchschnittlich gut. Trotzdem stehen wir mit dem Rücken zur Wand.

Warum? Weil wir von Zechprellern regiert werden!

Die Entscheidungen von Bund und Land ruinieren unsere Kommunen. Vier von zehn Gemeinden in NRW rechneten im Jahr 2024 damit, in die Haushaltssicherung zu rutschen. Und viele andere kämpfen an allen Ecken und Enden darum, die grundlegenden Leistungen für ihre Bürger*innen aufrechtzuerhalten.

Das Konnexitätsprinzip – ein Papiertiger

Eigentlich gibt es ein gesetzliches Prinzip, das besagt: „Wer bestellt, bezahlt.“ Doch in der Realität hält sich niemand daran. Drei Beispiele zeigen das Ausmaß dieser Missachtung:

1. Kinderbetreuung und Bildung:

Erkrath ist verpflichtet, den Anspruch auf KiTa-Plätze und Offene Ganztagschulen zu garantieren. Die Bau- und Unterhaltskosten belaufen sich auf zweistellige Millionenbeträge – ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich von Bund und Land.

2. Geflüchtetenversorgung:

Die richtige und wichtige Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten kostet uns trotz Teilerstattungen rund 2,5 Millionen Euro jährlich. Dabei sind Neubauten von Unterkünften nicht mal mitgerechnet.

3. **Umlagen für den Landschaftsverband Rheinland (LVR):**

Der LVR übernimmt wichtige soziale Aufgaben, die durch Bundes- und Landesgesetze vorgeschrieben sind. Doch die Finanzierung bleibt an den Kommunen hängen. Von den 3,5 Milliarden Euro, die der LVR allein für Eingliederungshilfen - also durchlaufenden Posten benötigt, übernimmt Bund und Land weniger als 500 Millionen. Der Rest – über 3 Milliarden Euro – wird auf die Kommunen umgelegt. Erkrath trägt davon über die Kreisumlage mehr als 15 Millionen Euro.

Allein diese drei Punkte summieren sich für Erkrath auf etwa 30 Millionen Euro. Das ist Geld, das uns für unsere Aufgaben fehlt, weil Bund und Land sich vor ihren Verpflichtungen drücken.

Steuerpolitik: Ein neoliberaler Raubzug

Es geht nicht nur um Ausgaben, sondern auch um Einnahmen. Während Bund und Land jeweils pi mal Daumen 40 % aller Steuern einnehmen und sich vor der Konnexität drücken, bleibt für die Kommunen nur ein Anteil von 20 %. Das ist völlig unzureichend, um die Aufgaben vor Ort zu bewältigen. Vor allem weil das Steueraufkommen durch die Schonung der Reichen in diesem Land kleingehalten wird. Breite Schultern in einer solidarischen Gesellschaft sollten mehr schultern. Aber unsere Gesellschaft ist nicht solidarisch, sondern kapitalistisch von der übelsten Sorte – neoliberal. Das kann natürlich nicht klappen.

DIE LINKE fordert seit Jahren:

1. **Steuerbetrug bekämpfen:**

Wenn nur ein Drittel der Cum-Ex-Gelder zurückgefordert würde, hätte Erkrath über eine Million Euro mehr zur Verfügung. Da reden wir nicht mal von vermeintlicher „Steuervermeidung“ mit der die großen Konzerne gerne vor ihren Aktionären angeben oder großangelegtem MwSt. Betrug im internationalen Stil.

2. **Gerechte Besteuerung:**

Der Spitzensteuersatz muss später einsetzen und höher ausfallen. Kapitalerträge gehören genauso besteuert wie Arbeitseinkommen. Wenn wir für die Börsenzocker eine Finanztransaktionssteuer einführen schöpfen wir nur kleine Teile der Finanz-Gewinne ab.

3. **Konzerne endlich fair besteuern:**

Es kann nicht sein dass Konzerne wie Tesla und BMW oder gar Amazon und Apple Milliardengewinne einfahren, Subventionen bekommen und dann nach Steuergeschenken mit Steuerquoten satt unter 10% davonkommen. Die Leistungen dort werden im Übrigen von den Menschen erbracht, die da arbeiten und deutlich höhere Steuersätze haben. Das Finanzkapital erhält dagegen leistungsloses Einkommen.

4. **Vermögenssteuer wieder einführen:**

Diese Steuer könnte direkt den Kommunen zugutekommen. Selbst viele Milliardäre fordern das inzwischen.

5. **Altschuldenregelung für Kommunen:**

Wir brauchen eine Lösung, die Kommunen von der Zinslast befreit.

Das würde insgesamt das Steueraufkommen um über 100 Milliarden bundesweit erhöhen, den Druck selbst bei dem kleinen Anteil für die Kommunen nehmen.

Bilanztricks sind keine Lösung

Um die prekäre Lage zu kaschieren, greift das Land NRW zu Bilanztricks: Einnahmeausfälle und Zusatzkosten durch Corona oder den Ukrainekrieg werden ausgesondert. Globale Minderausgaben und die Verteilung von Verlusten auf zukünftige Haushalte sind weitere Tricks, um das Ziel der Schuldenbremse buchhalterisch einzuhalten.

Doch Bilanztricks helfen nicht. Sie lösen kein einziges Problem. Die Kommunen brauchen keine Rechenricks, sondern echte finanzielle Unterstützung.

Und jetzt?

Als ich vor 5 Jahren meine erste Haushaltsrede gehalten habe, dachte ich noch, das Haushaltrecht sei das Königsrecht der kommunalen Verwaltung. Wie naiv ich da war: Das Haushaltsrecht der Kommunen ist die Verschleierung von Zechprellerei und Steuervermeidung.

Wenn ich jetzt von der Verwaltungsspitze höre wir müssten den Gürtel enger schnallen und uns darauf einstellen, liebgewonnene Leistungen der Stadt in Zukunft abzubauen, kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Nein, das ist genau der falsche Weg: Wir müssen endlich dafür sorgen, dass der Reichtum in unserer Gesellschaft auch in Erkrath ankommt und nicht in den Taschen einer Minderheit von Reichen verschwindet.

Dieser Haushalt ist ein Armutszeugnis für die Finanzpolitik von Bund und Land. Wir müssen hier die Verantwortlichen auch mal benennen. Ich schaue in die Reihe und sehe die Kollegen von Grünen, SPD, FDP und CDU, die in unterschiedlichen Kombinationen in den letzten Jahrzehnten das Ausbluten der Kommunen – und unserer Stadt Erkrath – zugunsten einer Schonung der großen Vermögen zu verantworten haben.

DIE LINKE lehnt diesen Nachtragshaushalt ab, weil er die strukturellen Probleme nicht löst und vor allem die Daseinsvorsorge der Kommune für ihre Einwohner*innen nicht erfüllt.

Schluss mit der Zechprellerei von Bund und Land! Endlich Steuergerechtigkeit zum Wohle unserer Stadt und ihrer Menschen. Kommunen wie Erkrath müssen endlich die Mittel bekommen, die sie brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen und für die Menschen da zu sein. Wir brauchen kommunale Wohnungen, sanierte Schulen und ausreichend OGS- und Kindergartenplätze für alle Stadtteile und natürlich die Senkung der unsozialen Grundsteuer.

Dann würden wir so einem Haushalt auch zustimmen.

Glück auf